



Zu viel Platz im neuen Verwaltungspalast

Neubau Demnächst weiht der Bund in Bern einen 400-Millionen-Franken-Bürokomplex ein. Dessen Ausnutzung ist viel schlechter als ursprünglich vorgesehen.

Christoph Lenz



Am Berner Guisanplatz sind Gebäude für rund 2000 Arbeitsplätze entstanden. Laut Immobilienstrategie sollten es 3200 sein. Foto: Raphael Moser

Es ist eine grosse, nein, eine riesige Kiste. Fast 400 Millionen Franken hat der Bund in den letzten sechs Jahren am Rand des Berner Breitenrainquartiers verbaut. In drei Gebäuden entstand eine Nutzfläche von rund 60 000 Quadratmetern, das entspricht etwa neun Fussballfeldern. Nie hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) ein

teureres Projekt bewältigt.

Die einzigartige Dimension hat sich auch in der Benennung der drei neuen Gebäude niedergeschlagen: Sie heissen – in Anlehnung an historische Schlachten der Eidgenossenschaft – Sempach, Morgarten und Laupen. Dazu passt die Adresse: Guisanplatz 1.

In diesem Themenpark der Schweizer Geschichte also wer-

den in den nächsten Monaten rund 2000 Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft, des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes und des Bundesamtes für Rüstung Armasuisse ihre Büros beziehen.

Missverhältnis

Doch was nach viel klingt, ist für die Eidgenössische Finanzkon-



trolle viel zu wenig. In einem 2017 veröffentlichten Prüfbericht monierten die Aufpasser des Bundes, dass die Verwaltung am Guisanplatz 1 einen viel zu großzügigen Umgang mit dem Platz pflegt. Wirtschaftlich sei die vorgesehene Auslastung «nicht vertretbar».

Als das Parlament den 420-Millionen-Franken-Baukredit bewilligte, schrieb der Bundesrat, es sollten am Guisanplatz 1 rund 2700 Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Zahl schraubte das zuständige Bundesamt nach Baubeginn noch weiter in die Höhe, auf 3200 Arbeitsplätze. Grund für diese Verdichtung: Die Immobilienstrategie des Bundes legt fest, dass pro Standardarbeitsplatz die Investitionskosten nicht höher als 120 000 Franken sein sollen. Die Anpassungen des BBL sollten sicherstellen, dass dieser Zielwert erreicht wird.

Weil am Guisanplatz nun aber nur rund 2000 Mitarbeiter einziehen, betragen die Investitionskosten pro Kopf über 180 000 Franken. Nach dieser Berechnungsart hat der Bund über 100 Millionen Franken zu viel in den Verwaltungscampus

gesteckt.

Das Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen beschäftigte auch die Finanzdelegation des Parlaments: «Werden die Kosten pro effektiv belegtem Arbeitsplatz betrachtet, so ist die Wirtschaftlichkeit zu tief», konstatierte sie in ihrem Tätigkeitsbericht 2017. In der Bundesverwaltung sieht man dies indes anders. Verschiedene Verwaltungsabteilungen hätten unterschiedliche Platzbedürfnisse. «Die Strafverfolgungsbehörden stellen aufgrund ihrer Tätigkeit besondere Anforderungen an Räumlichkeiten», teilt ein Mediensprecher mit. Kurz: Sie bräuchten mehr Platz. Ihre Arbeitsplätze könnten nicht als durchschnittliche Verwaltungsarbeitsplätze eingestuft werden, weil spezifische Bedürfnisse wie Befragungsräume, die Kommandozentrale sowie eine höhere Sicherheitsstufe den Platzbedarf erhöhen. Entsprechend sei auch nicht die Kenn-

Das Missverhältnis zwischen Kosten und Nutzen beschäftigt auch die

Finanzdelegation des Parlaments.

zahl von 120 000 Franken Investitionskosten pro Platz massgeblich. Entscheidend sei die Kapazität von durchschnittlichen Arbeitsplätzen. Diese betrage im Neubau weiterhin 3200.

«Falsche Information?»

Für Albert Vitali, Präsident der Finanzdelegation und FDP-Nationalrat, ist diese Begründung nicht überzeugend. Das Parlament habe den Baukredit für das Verwaltungszentrum Guisanplatz in der Annahme bewilligt, es würden 2700 Büroplätze geschaffen. Der Bund habe aber schon 2012 gewusst, dass mit den Strafverfolgungsbehörden Mieter mit besonderen Platzbedürfnissen am Guisanplatz einziehen. «Für mich stellt sich die Frage: Wurden wir damals falsch oder unvollständig informiert?» Im Herbst werde sich die Finanzdelegation das Projekt Guisanplatz nochmals vornehmen.